

SCHRIFTENREIHE DENKANSTÖßE

SO WIE ES BLEIBT, IST ES NICHT

Klaus-Dieter Stork

ZUSAMMENFASSUNG

Klaus-Dieter Stork stellt in seinem Beitrag eine wachsende Distanz zwischen Kultur und Politik und den in beiden gesellschaftlichen Teilsystemen handelnden Akteuren fest. Eine Re-Politisierung des Künstlerischen bzw. eine neue kulturelle Unterfütterung des Politischen sei deshalb überfällig. Der Autor sieht das Institut Solidarische Moderne als Ort, an dem dieser Verständigungsprozess zwischen Politik, Kultur, Kunst und Wissenschaft stattfinden könnte.

Klaus-Dieter Stork, geboren 1961, arbeitet als Kulturmanager der Stadt Hanau. Er ist SPD-Mitglied, hat sich im Hessenwahlkampf der Sozialdemokraten 2007/2008 engagiert und ist Mitgründer des Instituts Solidarische Moderne.

Die *Denkanstöße* sind eine regelmäßig erscheinende Publikation des Instituts Solidarische Moderne. Die veröffentlichten Texte stellen nicht zwangsläufig die Position des Instituts dar, sondern sind als Diskussionsgrundlage gedacht.

Textvorschläge für die Schriftenreihe *Denkanstöße* können per E-Mail geschickt werden an: publikation@solidarische-moderne.de. Über die Veröffentlichung eingesendeter Beiträge entscheidet ein Auswahlgremium des Instituts.

Das Institut Solidarische Moderne ist die 2010 mit Sitz in Berlin gegründete Programmwerkstatt der ProtagonistInnen der politischen Linken. Im engen Dialog von politischer Praxis und konstruktiver Wissenschaft entwerfen die über 1.400 Mitglieder Lösungen für die ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Fragen eines demokratischen Reformprojektes.

www.solidarische-moderne.de | info@solidarische-moderne.de

SO WIE ES BLEIBT, IST ES NICHT¹

DAS APPEASEMENT ZWISCHEN KULTUR UND POLITIK MUSS EIN ENDE HABEN – EIN PLÄDOYER GEGEN DIE BEQUEMLICHKEIT

Als die Volksparteien noch solche waren, als noch Generäle und nicht SekretärInnen in ihnen dachten und planten, war nicht nur das politische Niveau ein anderes. CDU, CSU und SPD waren damals auch kulturell auf der Höhe der Zeit. Sicher: Politiker wie Heiner Geißler, Holger Börner und Peter Glotz waren keine feinsinnigen Kunstfreunde oder Abonnenten der Oper. Gleichwohl beschäftigten sich ihre Strategien sehr wohl mit der intellektuellen und kulturellen Befindlichkeit der Bonner Republik. Sie konnten mit Antonio Gramsci und dem Begriff der kulturellen Hegemonie noch etwas anfangen. Edmund Stoiber schaffte es mit seinem unsäglichen, gegen Günter Grass und andere gerichteten Satz von den „Ratten und Schmeißfliegen“, die Anti-Strauß-Kampagne der politischen Linken aufzuladen. Kunst, Kultur und Wissenschaft wussten noch, um was es ging.

Das Verhältnis zwischen Kultur und Politik war in den siebziger und achtziger Jahren (an-)gespannt und kritisch, beileibe nie konfliktfrei und harmonisch – aber eben auch diskursiv und perspektivisch. Alexander Kluge, Ivan Nagel und Rainer Werner Fassbinder sahen ihre Arbeit nicht nur künstlerisch. Sie zielten auf gesellschaftliche Wirkung, auf Veränderung. Dem Reformcredo der Ära Brandt, „mehr Demokratie zu wagen“, stand der einprägsame Anspruch „Kultur für Alle“ geistig zur Seite und zugleich gegenüber. Kulturpolitiker wie Hermann Glaser und Hilmar Hoffmann machten sich auf unterschiedlichen Wegen an die Arbeit. Bis in die frühen neunziger Jahre forderten, kritisierten, analysierten Filmemacher, Dichter und Denker, Theaterregisseure. Kultur war Politik. Selbst in der Unterhaltungsindustrie wurde rote und schwarze Farbe bekannt: Peter Frankenfeld und Hans-Joachim Kühlenkamp versus Dieter Thomas Heck und Roberto Blanco.

¹ Der Artikel erschien bereits am 2.Mai 2010 in der Wochenzeitung „Der Freitag“.

Geschichte und Gegenwart

Das alles ist nicht völlig verschwunden, aber heute doch ganz anders. Pointiert formuliert: Mit dem gescheiterten Realsozialismus, dessen Niederlage zum Sieg über alles vermeintlich Linke umgedeutet wurde, kam auch der letzte Funke Utopie in Kunst und Kultur gleich mit ans Ende der Geschichte.

Kulturindustrie ist selbst Teil der Maschinerie. Das war sie schon immer, aber das gegenwärtige Stadium der Verflachung, Verfremdung und Manipulation ist neu. Das Verdikt der Dialektik der Aufklärung, „Kultur schlägt heute alles mit Ähnlichkeit“, ist Wirklichkeit geworden. Hofften Theodor W. Adorno und Max Horkheimer noch auf das korrigierende Potential des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, so unterscheiden sich die privaten und staatlichen Medien heute kaum mehr. Kritik und Aufklärung sind verbannt in die Nischen einiger Theater und Musiksäle, führen ein ohnmächtiges Schattendasein in Spartensendern. Selbst die Tabubrüche, die in den siebziger und achtziger Jahren noch für kontroverse gesellschaftliche Debatten Anlass gaben, sind kanonisiert. Der moderne Konservative, der gehobene Neoliberale empören sich nicht über das provokante Regietheater, das kritische Stück gegen Hartz IV, den Rock gegen irgendetwas. In der Sprache des Neoliberalismus: Die Kritik ist eingepreist.

Basta- und Pasta-Kultur

Dagegen war auch die rot-grüne Regierung kein Bollwerk. Unerwartet und verspätet an die Macht gelangt, war die Koalition von 1998 ohne kulturellen Anspruch und bar jeder Idee. Zwar wurde die Kultur erstmals mit einem eigenen „Ministerium“ bedacht. Aber das konnte den fehlenden geistigen Impuls nicht ersetzen. Die Basta- und Pasta-Kultur von Gerhard Schröder und Joschka Fischer war Ausdruck einer verinnerlichten Versöhnung mit jenen Verhältnissen, gegen die man einst angetreten war. Die Rückkehr der 68er Generation in eine Heimat, die nie eine war.

Kunst und Kultur haben sich mit diesen Zuständen arrangiert. Zwar geistert das Peymannsche Postulat durch den Raum, mit dem Berliner Ensemble „Stachel im Kapitalismus zu sein“; es gibt die rebellische Volksbühne und die Musiktheater in Stuttgart oder Frankfurt mit ihren bemerkenswerten zeitgenössischen Produktionen; nicht wegzudenken auch viele Kulturinstitute und Verbände. All das ist gesellschaftlich anerkannt, künstlerisch hochwertig, bisher relativ solide finanziert – aber gesellschaftlich und politisch weitestgehend wirkungslos.

Das unausgesprochene Appeasement zwischen Politik und Kultur fordert nun in der großen Krise seinen Preis. Die Kassen sind leer, Theater, Museen und Opernhäuser werden zur Disposition gestellt. Die Feuilletons haben schon Witterung aufgenommen: Während man noch die Kulturhauptstadt Europa feiert, ist schon vom Kulturhauptstadtsum die Rede. Die Zeiten neigen sich dem Ende entgegen, als die Politik beim Freitagabend-Event noch mit Beifall rechnen konnte, obwohl alle wussten, dass am Montagmorgen wieder dereguliert, privatisiert und weggespart wird. Wo es Ernst wird für die etablierte und die freie Kultur, müssen sich Künstler und Intellektuelle entscheiden. Wer sich seinem Schicksal nicht einfach hingeben will, muss die politische Askese hinter sich lassen – und er wird Bündnispartner benötigen.

Hoffnung und Trauma

Als am 3. November 2008 die mediale Einheitsfront von Giovanni di Lorenzos Zeit bis Kai Dieckmanns Bild mit Hilfe von vier aufrechten Verrätern über den rot-rot-grünen Aufbruch in Hessen gesiegt hatte, scheiterte nicht nur ein sozial-ökologischer Aufbruch. Es war auch eine historische Niederlage der politischen Kultur gegen die veröffentlichte Meinung, die jede Grenze hatte überschreiten dürfen.

Wenige Intellektuelle hatten sich dem entgegengestellt. Es blieb dem Theaterregisseur Ivan Nagel vorbehalten, auf die Tatsache zu verweisen, dass jene Konservative und Liberale, die sich über den vermeintlichen „Wortbruch“ em-

pörten, gar nicht betroffen waren. Schließlich war ihnen nichts anderes versprochen worden, als die Abwahl des CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch. Es war ein einsamer Politologe, Martin Hecht, der darauf aufmerksam machte, wie die SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti systematisch diskreditiert wurde. Es kamen nur ein paar Künstler wie Konstantin Wecker und Anne Haigis zusammen, um dem angestrebten Politikwechsel ihre Unterstützung zu versichern. Theater, Literatur, Musik und Soziologie – die ganze Szene beklagt in ihren Guckkästen und Elfenbeintürmen den Zerfall des Sozialstaats, die gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten, den Krieg in Afghanistan, die Entfremdung, die Vereinzelung. In die Niederung der politische Aktion wagt sie sich aber nicht.

Hessen wirkt nach

Hessen wirkt nach – auch bei der Suche nach einem neuen hegemonialen Ansatz linker Parteien, der dem inhaltlichen Anspruch eines realen Politikwechsels genügt. Man sieht es vor allem an der SPD: Bis heute haben die sozialdemokratischen Apparatschiks im Willy-Brandt-Haus nicht wirklich begriffen, dass sie den Ast, auf dem die „neue Mitte“ Halt finden sollte, selbst mit abgesägt haben. Die „Soziale Moderne“, ein Reformprojekt, das im Hessenwahlkampf erfolgreich war und Charisma in die Politik zurück brachte, blieb ihnen fremd und suspekt. Dabei hätte auf dieser Basis eine Ideenschmiede, das Praxislabor einer anderen politischen Kultur entstehen können.

Die neoliberale und neokonservative Hegemonie wirkt nicht nur ökonomisch und politisch. Der „Terror der Ökonomie“ ist ein real existierender, er ist bis in die kleinsten Fasern der gesellschaftlichen Verhältnisse eingedrungen. Flexibilisierung, Verfügbarkeit und Entgrenzung haben klassische Arbeitsverhältnisse überwuchert. So etwas funktioniert nicht ohne ein gewisses Maß an kultureller Faszination. Es ist dem Neoliberalismus gelungen, ein posthedonistisches Bild von Freiheit, Autonomie und Selbstbestimmung zum allgegenwärtigen Bezugspunkt zu machen. Der „angefixte“ Rezipient vertraut trotz Krise auf

die Verheißung. Das sollte eine demokratische Linke bei der Suche nach alternativen Wegen nicht unterschätzen.

Auf der Höhe der Zeit

Das „in Möglichkeit Seiende“ einer gerechten und humanen Gesellschaft bedarf eines kulturellen Fundaments, einer künstlerischen Hinterlegung. Dazu müssen Begriffe wie Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit neu und auf der Höhe der Zeit definiert werden. Einen ersten Ansatz dazu bietet das neu gegründete Institut Solidarische Moderne. Es könnte ein Ort daraus werden, an dem Wissenschaft, Kunst, Kultur und Politik vorbehaltlos aufeinander treffen.

Eine anspruchsvolle, interessante und begeisternde progressive Politik wird es ohne kulturelle Impulse nicht geben. Eine in der Gesellschaft emanzipatorisch wirkende Kultur gibt es umgekehrt nicht ohne politische Transmission. Ein interdisziplinärer Diskurs wird allen Akteuren nutzen. Und er ist längst überfällig. Die Zukunft der Arbeit, der Bildung, der Kultur, der Ökologie und der Ökonomie kann und muss Gegenstand einer gemeinsamen Anstrengung werden. Die „neue Solidarität“ braucht universelle Sichtweisen. Sicher: Einen solchen Ansatz sollte man nicht überfordern. Aber mehr Mut zur emanzipatorischen Sinnlichkeit ist angezeigt.

Angesichts der bestehenden Verhältnisse gibt es wahrlich kein Anlass zu übertriebener Hoffnung. Aber Grund zur ironischen Dialektik im Sinne Heiner Müllers: „So wie es bleibt, ist es nicht“.

**BISHER IN DER PUBLIKATIONSREIHE DENKANSTÖßE
ERSCHIENEN:**

- #1** Wolfgang Neskovic: Der Sozialstaat und die Wirtschaftskrise
- #2** Birgit Mahnkopf: Leitbilder auf dem Weg aus der neoliberalen Sackgasse
- #3** Andrea Ypsilanti & Hermann Scheer: Der Weg aus der Systemkrise des
Wirtschaftens
- #4** Marco Bülow: Die Lobby-Republik

Alle Denkanstöße stehen auf der Homepage des Instituts Solidarische Moderne kostenlos zum Download zur Verfügung: www.solidarische-moderne.de